

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Petra Steger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Schaffung der Festung Europa und Beendigung der illegalen Migrationsströme**

eingebracht in der 262. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 15. Mai 2024 im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Außen- und Europapolitischen Bericht 2022 der Bundesregierung (III-1151/2536 d.B.)

Grenzenloses Totalversagen der Bundesregierung gegen die illegale Massenmigration

Insbesondere im Jahr 2022 hat sich offenbart, dass beschwichtigende Rhetorik allein nicht ausreicht, um eine erneute Migrationskrise von den Ausmaßen des Jahres 2015 zu verhindern. Hauptverantwortlich für die katastrophalen Entwicklungen im Migrationsbereich sind Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Weder der Bundeskanzler noch der Innenminister haben die notwendigen Maßnahmen gesetzt, um auf nationaler und europäischer Ebene einem neuen Migrationsansturm entgegentreten zu können.

Und dieser Ansturm hat es in sich: Im Jahr 2022 explodierte erneut die Anzahl an Asylanträgen in den EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und der Schweiz auf insgesamt 966.107, 2023 gar auf 1,14 Millionen Anträge.¹ Interessanterweise ist nur an einer EU-Außengrenze Entspannung eingetreten, nämlich an der Ostgrenze zu Weißrussland. Eben hier haben allerdings mutige EU-Mitgliedstaaten, allen voran Polen, selbst das Heft in die Hand genommen und Grenzbarrieren von hunderten Kilometer Länge aufgebaut, um der illegalen Migration zu trotzen. An der Ostgrenze zu Weißrussland wurde der Beweis erbracht, dass physische Barrieren illegale Migrationsströme aufhalten können und Erpressungsversuche von Drittstaaten folgerichtig ins Leere laufen.

Die österreichische Bundesregierung hat bedauerlicherweise nichts aus der Migrationskrise von 2015 gelernt und schützt die österreichischen Grenzen in keiner Weise. Die Konsequenzen sind verheerend: Im Jahr 2022 wurden 112.272(!) Asylanträge in Österreich gestellt.² Damit wurde sogar der Schreckenswert von 2015 mit 88.340 Asylanträgen übertroffen.

Es ist bezeichnend, dass im Außen- und Europapolitischen Bericht 2022 der Bundesregierung als „Ziel Österreichs [...] eine wirksame Migrationssteuerung“³ angeführt wird. Das Ziel kann jedoch niemals die Steuerung der illegalen Migration, sondern muss die Beendigung derselben sein.

Es existiert kein nationaler Grenzschutz, ebenso wenig ein EU-Außengrenzschutz. Weder die bilateralen noch die EU-weiten Rückübernahmeabkommen werden

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-asylanträge-110.html>

² BMI Asyl-Statistik 2022: 1

³ Außen- und Europapolitischer Bericht 2022 der Bundesregierung, S. 256

ausgebaut. Die Bundesregierung unternimmt nichts gegen zigtausende illegale Migranten, welche nach Österreich kommen und sich hier illegal aufhalten. Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsänder funktioniert nicht. Längst hätte die Europäische Union über ihre Visapolitik, ihre Entwicklungshilfe und über wirtschaftspolitische Hebel Druck auf wenig kooperationsbereite Länder ausüben können, um Migranten ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben. Aber in diesem für die Zukunft Europas entscheidenden Bereich sind die EU-Institutionen vollkommen untätig.

Maßnahmenpaket gegen illegale Migration

Um die illegale Massenmigration nach Europa und Österreich in den Griff zu bekommen, sind schnellstmöglich effektive Maßnahmen zu ergreifen. Viel zu lange wurde vonseiten der Bundesregierung untätig dem Grenzsturm tausender Migranten nur zugeschaut.

Das Ziel muss es sein, die illegale Einwanderung zu stoppen – statt über die Verteilung von illegalen Einwanderern in der EU zu reden. Es hätte niemals so weit kommen dürfen, dass es in Österreich – wie bedauerlicherweise durch die Fehler der ÖVP nun Realität – um die Verwaltung illegaler Migration geht. Stattdessen hätte diese in der Vergangenheit verhindert werden sollen und muss in Zukunft unterbunden werden!

Fakt ist, dass die Verhinderung illegaler Migration kein Ding der Unmöglichkeit ist – Polen hat dies unter Beweis gestellt. Aber man muss Mut haben und den politischen Willen, zum Wohle der eigenen Bürger den Massenansturm von Migranten zu unterbinden – beides fehlt der ÖVP und folgerichtig der Regierung.

Notwendig für diese „No Way“-Politik und die Errichtung der Festung Europa sind ein echter und effizienter Grenzschutz, die Legalisierung von „Push-Backs“ an der Außengrenze der Europäischen Union und der Abschluss weiterer Rückübernahmeverträge. Solange dieser EU-Außengrenzschutz nicht funktioniert, müssen die EU-Mitgliedstaaten nach eigenem Ermessen unbefristet Kontrollen an ihren nationalstaatlichen Grenzen durchführen können. Der aktive Transport von „Bootsflüchtlingen“ nach Europa ist zu unterbinden und eine Anlaufstelle für Gerettete aus Seenot in Afrika zu schaffen.

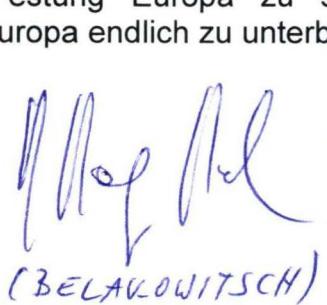
In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

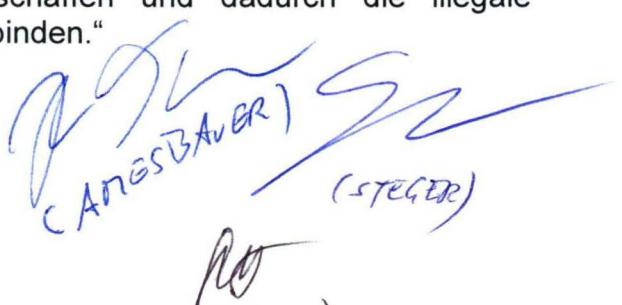
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich vehement im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union für einen lückenlosen und effizienten EU-Außengrenzschutz einzusetzen, um die Festung Europa zu schaffen und dadurch die illegale Massenmigration nach Europa endlich zu unterbinden.“


(WUNN)


(BELAKOWITSCH)


(ANGERAER)


(STEGGER)

